Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Leipzig. Haden & Komp., Nr. 20618.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden

Abonnementspreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst einschließlich Bringerlohn monatlich 1.30 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 4.00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 6.50. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Inserate werden die 7gespaltene Petitzeile mit 45 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinsanzeigen. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 94. | Dresden, Mittwoch den 24. April 1918. | 29. Jahrg.

Die Steuern im Reichstag.

Im Reichstag hat am Dienstag die erste Lesung der Steuervorlagen begonnen. Das Interesse, das ihr im Hause selbst begegnete, war nur schwach. Ueber Steuern wird selten in der Vollversammlung des Reichstags wirklich entschieden, und am allerwenigsten gleich schon bei der ersten Lesung. Jeder weiß, daß die Steuervorschläge der Regierung an eine Kommission gehen werden, daß man sie dort aufs gründlichste prüfen und erheblich umgestalten wird, daß einzelnes, so wie es war, überhaupt nicht wieder auftauchen wird und daß ganz neue Vorschläge zutage treten werden. So entscheidet sich die endgültige Gestaltung der Steuervorlagen in Kommissionen, Subkommissionen und Subsubkommissionen.

Auch der Reichsschatzsekretär Graf Roedern, der als erster das Wort ergriff, wird sich in dieser Beziehung keinen Illusionen hingeben, kein Mensch im Reichstag hält den Entwurf, wie er dem schöpferischen Haupte des Reichsschatzamtes entsprang, für ein vollkommenes Meisterwerk. Und Graf Roedern erwartet das wohl auch gar nicht. Er wird zum Schluß zufrieden sein, wenn er dem Reichstag durch seine Vorlagen den Anstoß gegeben hat, Geld in die Kassen zu schaffen. Wie — das ist eine Frage, die sich erst in monatelangen schwierigen Verhandlungen entscheiden wird.

Inzwischen wird die konservative Presse wohl noch oft den faden Witz wiederholen, die Sozialdemokratie sei doch eigentlich sozusagen „Regierungspartei" und müsse daher die Steuern annehmen, wie sie von der Regierung vorgeschlagen seien. In dem Bestreben, die Sozialdemokratie als Regierungspartei zu ironisieren, treffen ja, wie in so manchem anderen auch, Konservative und Unabhängige zusammen. Anders als scherzhaft wird man aber auf keinen Fall die Behauptung auffassen dürfen, daß die Sozialdemokratie infolge irgendwelcher Bindungen materiell oder moralisch genötigt sei, irgendwelchen Regierungsvorlagen vorbehaltlos zuzustimmen. Wie wenig eine solche Zustimmung in der Absicht der Sozialdemokratischen Fraktion liegt, zeigte sofort die scharfe kritische Rede des Genossen Keil.

Die Ironie bei der Behandlung der Zustände, wie sie durch die Einbringung dieser Steuervorlage zutage getreten, ist allerdings am Platze. Von einem Einfluß der Reichstagsmehrheit auf diese Vorlagen merkt man nicht das allergeringste, sie hätten gar nicht anders aussehen können, wenn im Reichstag eine konservativ-nationalliberale Mehrheit bestünde, auf die die Regierung sich stützte. Sind es doch in der Hauptsache nur die Konservativen, die mit dem Programm des Grafen Roedern zufrieden sind, und schon bei den Nationalliberalen lassen sich scharfe kritische Stimmen vernehmen, die in den Vorlagen — soziale Gesichtspunkte vermissen. Das muß um so mehr wunder nehmen, als Graf Roedern, wenigstens außerhalb seines Ressorts, als einer der fortgeschrittensten Staatsmänner der gegenwärtigen Regierung gilt. Von dieser Fortgeschrittenheit merkt man in seiner Ressorttätigkeit auch nicht die Spur. Das Rätsel löst sich vielleicht damit, daß auch Graf Roedern nicht kann, wie er will. Er steht unter dem Druck der einzelstaatlichen Finanzminister, die noch vier Jahren Weltkrieg noch immer nicht begriffen haben, daß die Zeit für einen eingefleischten Finanzpartikularismus vorüber ist.

Die neuen Steuervorlagen sind also keineswegs ein Kind des parlamentarischen Systems. Wären sie es, so müßte Graf Roedern der Vertrauensmann einer festen Mehrheit sein und im Einvernehmen mit ihr die Vorlagen bearbeitet haben. In Wirklichkeit sind die Steuervorlagen in Verhandlungen des Reichsschatzamts mit den einzelstaatlichen Finanzverwaltungen zustandegekommen und treten dem Reichstag als etwas ganz Fremdes, um nicht zu sagen Feindliches, gegenüber. Alle Parteien haben ihnen gegenüber die Hände vollständig frei, und ganz besonders gilt das für die Sozialdemokratie.

Der Gedanke liegt durchaus nicht fern, daß dem Reichsschatzamt selbst eine möglichst selbständige Arbeit des Reichstags gar nicht unlieb ist. Das Reichsschatzamt steht unter Bindungen, von denen es nur durch das Machtwort des Reichstags befreit werden kann.

Die Sozialdemokratie wird sich gegenüber der Notwendigkeit, dem Reiche neue Einnahmen zu verschaffen, nicht rein negativ verhalten, sondern sie wird praktische Vorschläge machen, um Steuern auf Verkehr und Verzehr durch Steuern auf die großen Einkommen und Vermögen zu ersetzen. Hier sind als zunächst liegend die Gedanken einer ausgestalteten Erbschaftsbesteuerung und einer ergiebigen Steuer auf Dividenden der Aktionäre aufgegriffen worden. Die Möglichkeiten einer positiven Ausgestaltung der Finanzreform im Sinne einer durchgreifenden Besitzbesteuerung sind damit natürlich noch lange nicht erschöpft. Die Rolle der „Starren Negation" ist damit gegebenenfalls der Regierung und den bürgerlichen Parteien zugeschoben; diese werden es sich aber dreimal überlegen müssen, praktische Vorschläge der Sozialdemokratie abzulehnen, die darauf hinauslaufen, Lasten von leistungsunfähigen Schultern auf leistungsfähige abzuwälzen.

Die Beziehungen, die die Sozialdemokratie zu den sogenannten Mehrheitsparteien des Reichstags unterhält, können ihre Aufgabe in einigem erleichtern. Aber nichts hindert die Partei an einem vollständig selbständigen Vorgehen, das ihre Anhänger von ihr erwarten und das im Interesse der Sache dringend geboten ist.

Der erste Tag der Steuerdebatte.

Nach Erledigung einer Anzahl kleiner Anfragen in der Dienstagsitzung des Reichstags begann die erste Lesung der Vorlagen, die die elf neuen Steuern enthalten. Es wird wohl kein Parlament geben, das an die Beratung neuer Steuern mit freudigen Gefühlen herangeht, und besonders bei dieser ungeheuren Forderung nach einem Steuerertrag von drei Milliarden Mark im Jahre hat ja jeden, auch wenn er sich bisher davon peinlich ferngehalten hat, eine Ahnung davon beschlichen, was so ein Krieg für die beteiligten Völker bedeutet — ganz abgesehen von den ungeheuren Menschenopfern, die er schon während seiner Dauer erfordert.

So unterschied sich denn auch die einleitende Rede des Reichsschatzsekretärs Grafen Roedern im Ton natürlich sehr von den Worten, mit denen er sonst Kriegskreditvorlagen begründete und die Zeichnungserfolge der Kriegsanleihen feierte; das letztere hat er übrigens auch zur Einleitung seiner Steuerrede getan. Hervorzuheben ist die Ankündigung, daß das Programm des Reiches auf dem Gebiete der direkten Steuern noch nicht erschöpft sei, auch eine Reichserbschaftssteuer wurde angekündigt. Aber solange eben das althergebrachte System besteht: die direkten Steuern den Einzelstaaten, die indirekten dem Reiche — so lange wird bei jeder neuen Steuerreform dieser Zwiespalt neu erweckt, der noch verschärft wurde dadurch, daß das Reich, der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe, schon beim Wehrbeitrag und dann bei der Kriegssteuer kräftig auf dem Gebiete der direkten Besteuerung vorgehen mußte.

Für das Zentrum sprach Dr. Mayer, im großen und ganzen zustimmend. Er wünscht verschiedene Erleichterungen für den kleinen Mann in der Stadt und auf dem Lande. In großzügiger Betrachtung unterwarf Genosse Keil den ganzen umfangreichen Steuerplan einer scharfen, wohlverdienten Kritik. Selbstverständlich bestreitet die Sozialdemokratie nicht die Notwendigkeit der Deckung des Bedarfs, im Gegenteil, sie lehnt alle Vertröstungen auf Kriegsentschädigung ab, aber sie wünscht statt eines Flickwerks, das immer neue Teilreformen nach sich ziehen muß, einen organischen Neubau des gesamten Steuersystems im Reich und in den Bundesstaaten, der drückende Verkehrs- und Massenverbrauchssteuern zu vermeiden gestatten würde.

Im großen und ganzen stimmte auch Graf Posadowsky namens der Deutschen Fraktion den Steuervorlagen zu. — Mittwoch Weiterberatung.

•

Der Arbeitsplan des Reichstags.

Die am Freitag eintretende Pause soll sich bis zum 30. April erstrecken, so daß die Plenarsitzungen am 1. Mai wieder aufgenommen werden. Künftig soll aller zwei Wochen eine Pause von vier Tagen, den Sonntag eingeschlossen, eintreten. Die Steuervorlagen werden an verschiedene Kommissionen überwiesen, und zwar: die Verkehrssteuern und direkten Steuern an die Budgetkommission, das Branntweinmonopol und die Getränkesteuern an je eine besondere Kommission, so daß also drei Kommissionen sich mit den Steuerplänen zu befassen haben.

Das alldeutsche Sittengericht.

Wenn man jetzt die Hetze der alldeutschen Presse gegen Kühlmann verfolgt, so packt einen die Scham, mit welchen Mitteln in Deutschland Politik getrieben wird. Die Alldeutschen aller Schattierungen besitzen eine unbestrittene Meisterschaft darin, die Person des politischen Gegners in den Schmutz zu ziehen, obwohl gerade unter ihren Führern nicht wenige genügend Dreck am Stecken haben. Mit den Mitteln der geheimnisvollen Intrige und persönlichen Verunglimpfung wurde schon seinerzeit die Bethmann-Hetze geführt, aber sie verblaßt beinahe gegen die jetzige Kühlmann-Hetze. Wer die alldeutschen Blätter durchliest, der entdeckt zwar keine einzige offene Anklage, aber eine Flut halber Andeutungen, die sich auf das Privatleben des Staatssekretärs beziehen. Alles ist im Klatschbasenstile verschleierter Anspielungen gehalten — dies Verfahren soll offenbar „deutsch" sein — damit der Leser hinter jedem Wort etwas möglichst Entsetzliches vermute. Die Deutsche Zeitung widmet diesem Lakaienklatsch bereits ganze Leitartikel. Da raunt es, Herr v. Kühlmann habe „ein die Würde des Deutschen Reiches unter besonders erschwerenden äußeren Umständen herabsetzendes Verhalten" an den Tag gelegt, immer wieder wispert es höhnisch von einer angeblichen „Halsentzündung". Schließlich verdichtet sich das ganze zu folgender Haupt- und Staatsanklage:

Sei es nun, daß Graf Hertling und Herr v. Payer, von dem noch gar nichts erfahren haben, was gegen Herrn v. Kühlmann vorliegt, sei es, daß sie diese Dinge günstig gefärbt berichtet bekamen, jedenfalls ist es so auffällig, daß der Staatssekretär des Auswärtigen bisher nur an einer Halsentzündung leidet, daß die Abgeordneten der Parteien, die ein sauberes öffentliches Leben als die Grundlage völkischen Gedeihens ansehen, alle Veranlassung haben, die Vorgesetzten des Herrn v. Kühlmann entsprechend aufzuklären.

Wir legen der Frankfurter Zeitung gegenüber Gewicht darauf, auszusprechen, daß Herr v. Kühlmann für uns in diesem Falle überhaupt nicht als politischer Gegner in Betracht kommt, sondern als Persönlichkeit, die die erste Pflicht verletzt hat, die einem Vertreter seines Vaterlandes zukommt: die Ehre des deutschen Namens zu wahren — deutlicher gesprochen, den deutschen Namen im feindlichen Ausland durch sein Verhalten nicht zu entehren.

Wer das liest, der muß zum mindesten an Kinderschändung, Frauenraub oder noch schlimmeres denken. Was aber steckt in Wirklichkeit hinter dieser Flut sittlicher Entrüstung? Die von einem zum andern geflüsterte Behauptung, daß Kühlmann sich in Bukarest nach getaner diplomatischer Arbeit in rein menschlicher Weise vergnügt habe, was ihm angeblich nicht ganz gut bekommen sein soll. Dergleichen ist einem Alldeutschen natürlich noch niemals passiert. Diese Biedermänner haben alle nur mit teutonischer Sittenstrenge stets im ehelichen Bett gezeugt. Wenn sie aber einmal von dieser Regel abgewichen sind, so haben sie es doch wenigstens so eingerichtet, daß es niemand gesehen hat. Und deshalb haben sie vollen Grund zu sittlicher Entrüstung.

Auch der Gesandte Graf Brockdorff-Rantzau und der Botschafter Graf Bernstorff sollen nach der Deutschen Zeitung nicht würdig und fähig sein, das Amt des Staatssekretärs zu übernehmen.

•

Ein Strafverfahren gegen die Deutsche Zeitung.

Berlin, 23. April. (Amtlich.) Wegen der beleidigenden Angriffe gegen den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes in dem heutigen Artikel „Alldeutsche Sittenrichter" in Nr. 204 der Deutschen Zeitung hat der Herr Reichskanzler Strafantrag gestellt.

•

Erfindungen in der Deutschen Zeitung.

Halbamtlich wird mitgeteilt:

Die Deutsche Zeitung vom 20. April d. J. enthält einen Artikel aus der Feder des Justizrats Dr. Wenz-Zweibrücken über das vor Ausbruch des Krieges zwischen der deutschen und der englischen Regierung verhandelte afrikanische Kolonialabkommen und den Vertrag über die Bagdadbahn. Der Verfasser stellt darin u. a. die Behauptung auf, daß Deutschland als Gegenleistung gegen die von England gemachten Landzugeständnisse in Afrika sich habe verpflichten sollen, deutsches Gebiet, nämlich Lothringen mit Metz, an Frankreich abzutreten, ferner Luxemburg aus der Zollvereinigung zu entlassen und seine Angliederung an Belgien zuzugestehen, endlich an Frankreich, Belgien und Portugal näher zu bezeichnende Geldsummen auszuzahlen. Diese Angaben beruhen auf freier Erfindung.

Vormarsch in Finnland und in der Ukraine.

wtb. (Amtlich.) Großes Hauptquartier, den 24. April 1918.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Auf den Schlachtfeldern an der Lys und an der Somme blieb die Gefechtstätigkeit auf örtliche Kampfhandlungen beschränkt. Nordöstlich von Bailleul erstürmten wir die Höhe von Bieugelhof und nahmen hier Franzosen gefangen. Westlich von Bailleul wiesen wir englische Angriffe ab. Starke Vorstöße des Feindes nordwestlich von Böthune wurden in unseren Vorpostenlinien zum Scheitern gebracht. Vorfeldkämpfe an vielen Stellen der übrigen Front brachten Gefangene ein.

Rittmeister Frhr. v. Richthofen ist von der Verfolgung eines Gegners über dem Schlachtfelde an der Somme nicht zurückgekehrt. Nach englischem Bericht ist er gefallen.

Osten:

Finnland:

Die unter dem Befehl des Generals Graf v. d. Goltz stehenden Truppen haben die Eisenbahnknotenpunkte Nyvinge und Ruchimaki genommen und nördlich von Lanti die Verbindung mit der finnischen Armee hergestellt.

Ukraine:

In der Krim haben Truppen des Generals Kosch Simferopol erreicht.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

20000 Tonnen versenkt.

Berlin, 23. April. (Amtlich.) Eines unserer U-Boote, Kommandant Kapitänleutnant Kolbe, hat in den vergangenen Wochen im Sperrgebiet um die Azoren und bei den kanadischen Inseln elf Dampfer, vier Segler und zwei Fischdampfer, mit insgesamt 30 662 Brutto-Register-Tonnen versenkt.

Darunter befanden sich der portugiesische Dampfer Neptuno von 300 Br.-R.-T., die italienischen Dampfer Tartano Constanzo von 1027 Br.-R.-T. und Duigi von 3549 Br.-R.-T., sowie der englische Dampfer Ellaston von 3392 Br.-R.-T. Letztere beiden waren bewaffnet und mußten im Artilleriekampf niedergekämpft werden. Das 7,5 Zentimeter-Geschütz des englischen Dampfers wurde erbeutet, der Kapitän gefangengenommen. Unter den Segelschiffen befanden sich die amerikanischen Schoner Julia Frances 103 Br.-R.-T., B. B. Whyland 130 Br.-R.-T. und der englische Schoner Blise Hirdt von 125 Br.-R.-T.

Die für unsere Feinde bestimmten Ladungen der Schiffe waren zum Teil unmittelbar für den militärischen Gebrauch bestimmt. Sie bestanden u. a. aus 4500 Tonnen Erz, 6900 Tonnen Salz, 860 Tonnen Kork, 800 Tonnen Palmöl, 350 Tonnen Palmkernen, 4000 Tonnen Kohle und 4000 Tonnen Stückgut, 400 Tonnen Lebensmitteln, Stahldraht, Leder usw.

Für die deutsche Kriegswirtschaft wurden zwölf lederne Treibriemen von je 100 Meter Länge in die Heimat zurückgebracht.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19180424/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG